



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Kriegsbericht : schwarzweißroth und die deutsche Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

geht, den Bund so viel als möglich auf eigene Einnahmen anstatt auf Matri-
cularbeiträge zu verweisen.

Neuestens hat nun zwar wieder von einer kleinen Rückwärtsbewegung
der württembergischen Regierung verlauten wollen. Man wird aber solchen
Schwankungen keine Bedeutung mehr beilegen dürfen. Vielleicht handelt es
sich um ein kleines Manöver, ausgeführt zur Schonung des bedächtigeren
Bayerns. Nach wie vor ist man überzeugt, daß Württemberg auf alle Fälle
den Anschluß sucht, und da es ihn sucht, wird es ihn auch finden. Für ein
langes theoretisches Hinundherreden wird im Hauptquartier schwerlich viel
Zeit sein. Und nicht wenig werden die Verhandlungen beschleunigt werden
durch den Entschluß Preußens, den die süddeutschen Bevollmächtigten vorfin-
den werden, an der Nordbundsverfassung nicht rütteln zu lassen. Nicht darum
handelt es sich, diese Verfassung erst so zu modificiren, daß sie den beitreten-
den Gliedern genehm wird, es handelt sich nur um Zugeständnisse, die ihnen
bei ihrem Eintritt in den Bund gewährt werden können. Das übrige aber
mag die Atmosphäre thun, in welcher diese Verhandlungen stattfinden: das
durch vereinte Macht niedergeworfene Feindesland und das deutsche Heer,
das den Anspruch darauf hat, in ein geeintes Vaterland heimzukehren.

Kriegsbericht.

Schwarzweißbroth und die deutsche Frage.

Es war vorauszusehen, daß die Reise des Herrn Thiers den neutralen
Mächten eine willkommene Anregung geben werde, ihre Friedenswünsche den
Kriegsführenden mitzutheilen. Auch Industrie, Handel, Staatseinnahmen
der Neutralen leiden unter dem Kriege; die unerhörten Siege der Deutschen
und der politische und militärische Sturz Frankreichs heunruhigen, das neue
Uebergewicht Preußens wird seit dem Tage von Sedan mit starkem Miß-
trauen, die Hilflosigkeit der Franzosen mit Theilnahme betrachtet. Jedem
Kabinet modificiren sich diese gemeinsamen Empfindungen nach den eigenen
Interessen, im Ganzen hat die Staatenfamilie Europas vorwiegend conserva-
tive Neigungen, sie erträgt auch Kästiges, was sich eingelebt hat, mit langer
Geduld, aber sie betrachtet jede Neuerung mit dem größten Mißtrauen. Fast
alle Regierungen haben sich der Demüthigung des kaiserlichen Frankreichs
gestreut, alle sind der Vergrößerung Deutschlands bis in die Vogesen abge-
neigt. Wenn jetzt England im Verein mit Oestreich und Italien vorsichtigen
Rath für Waffenstillstand und Einberufung einer Constituante ertheilt, und
der Kaiser von Rußland in directem Schreiben Schonung für Paris erbittet,
so halten wir nicht für leicht, eine solche Lebensäußerung der Großmächte

mit hochachtungsvoller Gleichgiltigkeit abzufertigen, wie unbequem uns der Rath auch gerade jetzt kommen mag, und es wird aller Gewandtheit und Energie unseres auswärtigen Amtes bedürfen, um die Ansichten der Neutralen mit dem in Einklang zu bringen, was für uns militärisch nothwendig ist.

Denn die Ueberzeugung ist im Heer und Volke allgemein, daß die Franzosen noch nicht so weit gebracht sind, um in eine Abtretung des Elsaß und des Saargebiets zu willigen, und daß eine Unterbrechung unserer militärischen Operationen gerade jetzt für uns unheilvoller wäre, als eine verlorene Schlacht. Zur Niederwerfung der feindlichen Widerstandskraft bedürfen wir noch einige Wochen, welche die Uebergabe von Metz und Paris bringen sollen. Für Bazaine steht die Katastrophe nahe bevor, den Zutritt zu Paris vermögen wir erst nach mehreren Wochen scharfer Arbeit zu gewinnen. Von dem Tage, an welchem das Belagerungsgeschütz seine Arbeit beginnen kann, muß ein regelmäßiger Angriff zunächst auf einige Forts stattfinden, erst wenn diese genommen sind, ist ein Angriff auf die Stadt selbst möglich, auch dieser, wie sehr er durch die Noth der ungeheuren Stadtbevölkerung unterstützt werden mag, wird vorsichtig und soweit systematisch sein müssen, daß er nicht auf die Zufälle des Schreckens und der Betäubung rechnet, sondern auf thatsächliche Fortschritte der Artilleriewirkung und Sappe. Und es ist immer noch eine hoffnungsvolle Annahme, welche die Bewältigung von Paris etwa vier Wochen nach Eröffnung des Belagerungskampfes erwartet. Sind Metz und Paris in unserer Gewalt, dann erst dürfte die richtige Zeit für Zusammentritt einer französischen Constituante gekommen sein.

An den Festfahnen, welche unsere Landsleute in den letzten Monaten zur Siegesfeier von Fenstern und Dächern wehen ließen, war in Norddeutschland zuweilen Schwarzrothgold zu schauen. Nicht nur bei solchen deutschen Hausbewohnern, welche aus alter Gewohnheit oder Unzufriedenheit diese Bannersfarben hochschätzen, oder in sparsamem Gemüth eine vorhandene Flagge aufzubrauchen wünschen. Auch kluge Leute lassen, z. B. in Berlin, die Reichsfahne von 1848 wehen; denn — so erklären sie — jetzt nahe eine große Zeit, welche etwas ganz anderes bringen werde, als den Norddeutschen Bund; ferner müsse man den Süddeutschen entgegenkommen, und was sei im Grunde an der Farbe gelegen? Wenn der ehrliche Deutsche sich auf politische Schlauheiten legt, thut er in der Regel Abgeschmacktes. Einem Preußen soll nicht gleichgiltig sein, ob das deutsche Banner, welches seine Thürschwelle beschattet, neben dem modernen Noth die preußischen Farben enthält, oder die östreichischen. Wenn aber die Farben in Wahrheit unwesentlich wären, so würde dem freidenkenden Hausbesitzer unter den Linden oder in der Leipziger Straße erst recht ziemen, dieselben Farben zu zeigen, mit denen die ungeheure Mehrzahl seiner deutschen Landsleute sich in frohem Stolze schmückt.

Oder sollen die andern alle ihre Flaggen umfärben lassen, weil Herrn Buffey's Witz Schwarzrothgold zu erkiesen beliebte? — Aber es wäre freundlich gegen die lieben armen Süddeutschen, welche einmal die Schwäche haben, an der großdeutschen Erinnerung zu hängen! Wir protestiren im Namen aller Süddeutschen gegen diese demüthigende Annahme. Wenn die süddeutschen Demokraten oder auch Andere, welche über den Kleinstaat hinausdenken, zur Zeit das schwarzrothgoldene Banner tragen, so thun sie dies darum, weil sie durch die Farben der deutschen Bewegung von 1848 entweder gegen den norddeutschen Bund oder gegen die Kleinstaaterie ihrer Heimath protestiren wollen. Den Süddeutschen sind diese Farben immer noch das einzige Symbol deutscher Zugehörigkeit, sie haben zur Zeit nichts Besseres. Aber sie wissen so gut, als wir in Norddeutschland, warum sie ihre Farbe bekennen, und sie werden die Zumuthung verlachen, sich durch aufgesteckte Tücher einsangen zu lassen. Das Volk der Bayern flaggt übrigens in Stadt und Land mit Blauweiß, wenn deutsche Truppen einziehen.

Aber es ist kaum nöthig, die deutschen Bundesfarben gegen solche leichtfertige Klugheit zu vertheidigen. Erst das vierte Jahr ist es her, seit das schwarzweißrothe Banner für dreißig Millionen Deutsche das Zeichen ihrer politischen Einheit und Stärke geworden, und schon ist es für alle Landsleute in der Fremde, für weite Gebiete unserer wichtigsten Interessen ein theurer, hochgeehrter Besitz, das Symbol der Sicherheit, des Rechts, der Ehre. Unsere Barkschiffe und unsere Kriegscorvetten haben diese Farben in die entlegensten Häfen fremder Welttheile getragen, von den Flaggenstangen hundert deutscher Consulate wehen dieselben feierlichen Farben über fremdes Gebiet, halb wilde Nationen haben sich gewöhnt, mit scheuer Ehrfurcht darauf zu blicken, und sie rühmen die neue Macht, die so plötzlich aus der Ferne heraufstieg und mit ihrem Zeichen so wunderbar schnell alle Meere, Häfen, Waarenlager bedeckte. Es war nicht kleine Arbeit, die neue Flagge unter jedem Himmelsstrich, in China, Brasilien, unter Arabern und Negern bekannt und gefürchtet zu machen. Und es war etwas sehr Großes, daß in einem Jahre über der ganzen bewohnten Erde die Männer deutscher Abstammung, harte kühle Geschäftsleute, jauchzend die Hüte schwenkten und einander mit thranenden Augen umarmten, weil diese Farben über ihren Häuptern aufgezogen wurden, um sie zu erlösen von der alten Unfreiheit, Isolirung, Schutzlosigkeit und ihnen in der Fremde eine gemeinsame Heimath zu geben, und den höchsten und werthvollsten Männerstolz auf das entfernte deutsche Vaterland. — Sie aber, Herr Hausbesitzer in Berlin, der Sie für die Aussicht auf ein größeres deutsches Reich bereits Ihr Fahnentuch accommodiren lassen, fragen Sie doch wegen der Veränderung noch vorher herum, etwa das Mitglied eines deutschen Sängerbundes aus S. Louis und S. Francisco, einen deutschen

Kaufherrn aus Shangai oder meinetwegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten oder einen Würdenträger aus Japan, und alle diese werden Sie anschauen wie einen Narren. Die schwarzweißrothe Flagge ist eingebürgert unter allen Völkern der Erde, und es wäre unnütz, schädlich und frevelhaft, das Capital von Respect und von Patriotismus, das sich um sie gesammelt, wieder zu vergeuden.

Wie der Staatsbau, welcher jetzt 30 Millionen umschließt, für 40 Millionen ergänzt werden müsse, darüber berathen während dieser Woche in der Residenzstadt Ludwig XIV. die Minister der Südstaaten und die Führer unserer Parteien mit dem Grafen Bismarck. Es steht unzweifelhaft fest, daß die Verfassung des Nordbundes den Berathungen zu Grunde liegt und daß es sich um die Modificationen handeln wird, welche den Südstaaten nöthig erscheinen. Von diesen ist Baden seit Jahren bereit, die widerwillige Regierung von Hessen sieht sich genöthigt, freiwilligen Beitritt zu wählen, weil ihr nichts mehr übrig bleibt, Württemberg ist über alle Hoffnung patriotisch und treu, und die Bedingungen, welche seine Regierung noch stellt, greifen nicht über das dem neuen Staatsbau Erträgliche. Anders steht es mit Bayern. Dort fürchten wir, werden die zureisenden Minister nur geringe Ermäßigung der Forderungen bringen, welche die Majestät von Bayern erhoben hat, sogar das absolute Veto im Bundesrath* ist noch nicht beseitigt, ebensowenig die vollständige Kriegsherrlichkeit und gesonderte Militärverwaltung, die Verwendung der Biersteuer u. A. Es gibt Viele unter uns, welche es für ein weit geringeres Uebel halten würden, wenn Bayern noch eine Reihe von Jahren außer dem Bunde bliebe, als wenn es unter Bedingungen eintreten sollte, welche die ohnedies eng begrenzte und unsichere Gewalt der Bundesregierung noch mehr einengten. Aber auch in Bayern ist die Empfindung vorherrschend, daß der Staat so wenig sich wie sein Heer dem neuen Reich entziehen dürfe. Und die ganze große Frage von Versailles ist jetzt, wie weit es gelingen wird, das fürstliche Selbstgefühl des jungen Königs mit dem zu versöhnen, was für das Bundesverhältniß nothwendig wird. Wir aber möchten den Freunden, Altpreußen und Nationalen in die Besprechung jenseit der Grenze hinüberrufen: Festzuhalten an dem Erwerb der letzten Jahre.

Auch unter uns spricht mit rechten Augenblick ein gescheiter und geschäftskundiger Staatsmann seine Forderung aus in der Flugschrift: Die Verfassung des deutschen Bundes-Staats (Leipzig, Duncker u. Humblot 1870.) Die bedeutende Arbeit beschränkt sich nicht auf einzelne patriotische Wünsche, sie charakterisirt mit vortrefflichen Scharfsinn das Wesen des Bundesstaats und die gegenwärtige politische Situation, bespricht in kurzen, oft schlagenden Sätzen die nothwendigen Abänderungen und gibt endlich den vollständigen Entwurf einer neuen Bundesverfassung.

Nur vor wenigen Stellen der wichtigen Denkschrift erlauben wir uns eine abweichende Ansicht auszusprechen. Die Macht des Bundesoberhauptes ist allerdings auf gewisse Befugnisse beschränkt, aber der König übt einen Theil derselben in Wahrheit über dem Bunde und souverain, d. h. ohne persönliche Verantwortlichkeit aus, z. B. das Recht über Krieg und Frieden, Heeresorganisation, Ernennung von Bundesbeamten. Auch deshalb erscheint uns die Forderung, daß der oder die Minister des Bundes dem Bundesrath und Reichstag verantwortlich sein müssen für die verfassungsgemäße Ausübung ihrer Functionen, sehr wohl begründet. Und wir merken, daß Graf Bismarck in Praxi bereits nicht selten dieselbe Empfindung gehabt hat. Ferner aber möchten wir erinnern, daß das Verhältniß der Stimmen im Bundesrath nach Zutritt der Süddeutschen doch für Preußen geändert

werden muß. Wenn Preußen bisher von 43 Stimmen 17 hatte, also fünf weniger als die kleinste Majorität, so würde es bei dem neuen Verhältniß von 58 zu 17, fortan 13 weniger als die kleinste Majorität, weit weniger als ein Drittel der gesammten Stimmen führen. Durch ein so großes Mißverhältniß würde sich die gesammte Bevölkerung des preußischen Staats bedrückt fühlen. Eine Vermehrung der preußischen Stimmen auf 22 würde bei einem Verhältniß von 63 zu 22 immer noch 10 außerpreußische Stimmen für die kleinste Majorität nöthig machen. Und dies Verhältniß erscheint uns als die äußerste Concession, welche 25 Millionen Deutsche an 13½ Million machen können. — Was endlich die Theilnahme des Elsaß an dem Reichstage betrifft so sind wir der Meinung, daß man für die nächsten Jahre, wo dort ein Ausnahmezustand nöthig wird, sich hüten soll, französische Proteste in unsere Berathungen zu tragen, wir haben genug an solchen aus Nordschleswig und Posen. — Möge die patriotische Schrift auch an der Stelle im fremden Land ihre Wirkung ausüben, um welche sich jetzt Gedanken und Hoffnung deutscher Stämme sammeln.

♀

Unsern Lesern.

Die Unterzeichneten zeigen den Correspondenten und Lesern des Blattes an, daß sie mit Ende dieses Jahres ihre Verbindung mit den Grenzboten aufgeben müssen.

Der Gegensatz, welcher sich zwischen unserer Behandlung religiöser Fragen und dem confessionellen Standpunkt des Herrn Verlegers aufthat, machte die Lösung des Verhältnisses nöthig, welches einen der Unterzeichneten seit dem Jahr 1848 mit den deutschen Lesern verbunden hat.

Leipzig, 27. October 1870.

Gustav Freytag.

May Jordan.

Alfred Dove,

als derzeitiger Redacteur.

Verantwortlicher Redacteur: Alfred Dove.

Den verehrlichen Mitarbeitern und Lesern der Grenzboten hierdurch die ergebenste Mittheilung, daß ich die zeither den Herren Dr. G. Freytag und Dr. May Jordan zugehörige Hälfte dieser Zeitschrift bei einer contractgemäß unter den bisherigen Miteigenthümern derselben stattgefundenen Versteigerung durch Höchstgebot erworben habe, und dadurch vom 1. Januar 1871 deren alleiniger Eigenthümer geworden bin. Die in Bezug auf die Redaction eintretenden personellen Aenderungen behalte ich mir vor, seiner Zeit zur Kenntniß der resp. Leser zu bringen.

In sachlicher Beziehung werde ich dafür besorgt sein, daß die zeitherige politische Richtung, jedoch unter steter Berücksichtigung der inzwischen in dem deutschen Staatsleben eingetretenen Veränderungen, auch künftig eingehalten werde. Das Gebiet religiöser Polemik wird in ihr künftig ausgeschlossen sein.

Die Erhaltung vieler bisheriger, und die Gewinnung neuer tüchtiger Mitarbeiter an derselben gibt mir die Gewähr, daß auch unter neuer Redaction die Grenzboten den Platz behaupten werden, den sie seit 29 Jahren in meinem Verlage auf politisch-literarischem Gebiete einnahmen.

Leipzig, den 25. October 1870.

Friedrich Ludwig Herbig

(Fr. Wilh. Grunow).

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Wegler in Leipzig.